

NAZI-VERSCHWÖRUNG

Der Mufti läßt grüßen

Wir verstehen, daß Sie und das deutsche Volk sich in der Sache der Verhaftungen nicht auskennen. Wir bitten Sie nur, mit Ihrem endgültigen Urteil zurückzuhalten, bis das Ergebnis unserer Untersuchungen vorliegt. Es wird unsere Aktion mehr als rechtfertigen.“

Das war alles, was der Sprecher des Foreign Office vor flackerndem Kaminfeuer den deutschen Korrespondenten in London letzte Woche über jene Aktion erzählte, zu der die Schweizer „Tat“ kommentierte: „Etwas hat England offenbar noch nötiger als das Zuspופן seiner Dollarlücke: das Öffnen einiger Fenster im Foreign Office.“

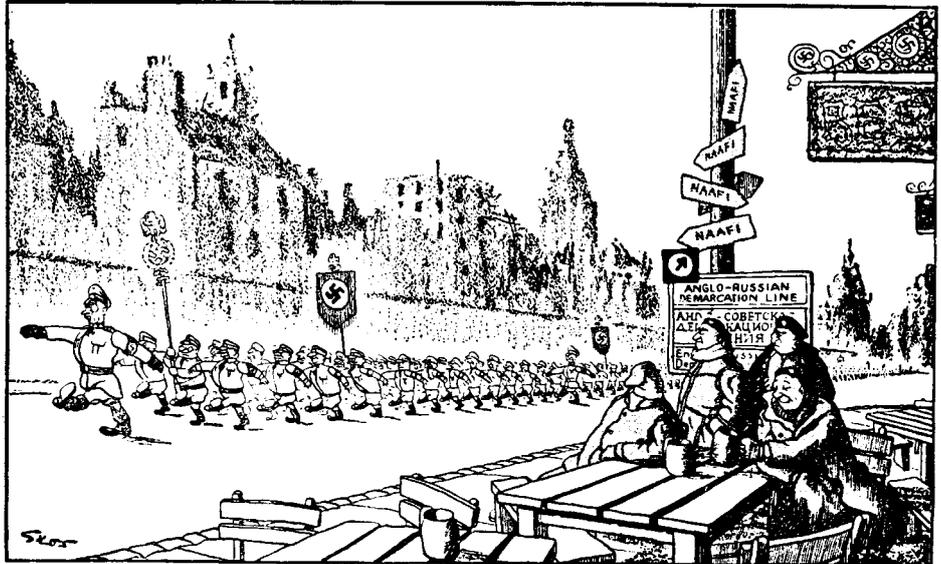
Nun würde sich vermutlich kaum jemand über die Verhaftung von sieben ehemaligen Nationalsozialisten so aufgehalten haben, wenn nicht — wie „Daily Herald“, das Organ der Labour Party, schrieb — der Eindruck entstanden wäre, England habe „durch seine Aktion das Rechtsstaatsprinzip verletzt“. Es hat sich inzwischen überdies herausgestellt, daß bei den prominenteren Verhafteten viel interessanter als ihre ehemaligen NS-Funktionen ihre gegenwärtigen Beziehungen zu den Staaten des Vorderen Orients sind, besonders zu Ägypten. Bei dieser Optik gewinnt der Name des verhafteten Paul Zimmermann an Bedeutung.

Zimmermann war im Mai 1952 als Vertreter von deutschen Eisen- und Stahlleuten nach Ägypten gereist. Die Ägypter hatten ihn wissen lassen, daß sie sehr an einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik interessiert seien. Sie hatten Zimmermann gebeten, er möge nach seiner Rückkehr von deutschen Fachleuten Expertisen über die Möglichkeiten anfertigen lassen, die es für eine großzügige Bauernsiedlung in Ägypten gebe. Amerikaner und Engländer, so wurde Zimmermann gesagt, kämen als Berater nicht in Betracht. „Wir wollen keine Latifundien, sondern einen gesunden Bauernstand, und Deutschland ist das letzte Land, das so etwas noch hat.“

Zimmermann hörte, daß Ägypten auch an einer Zusammenarbeit mit der deutschen Landmaschinenindustrie in höchstem Maße interessiert sei. „Amerikanische Traktoren z. B. fressen Benzin, wir brauchen deutsche, die mit Rohöl arbeiten.“ Zimmermann nahm dreißig ägyptische Volontäre mit nach Deutschland zurück, um sie mit der deutschen Stahlindustrie vertraut zu machen, und trommelte Kreise zusammen, die für die Ägypter Landwirtschafts-Gutachten verfassen konnten. Dann wurde er verhaftet.

Zimmermann ist nicht der einzige mit mohammedanischen Beziehungen. Bei dem mitverhafteten ehemaligen Reichsstudienführer Dr. Scheel im Rautenberg-Krankenhaus in Hamburg war im Juli vorigen Jahres ein Mitglied der iranischen Kaiserfamilie und bot Scheel an, er möge die Leitung einer Klinik in Persien übernehmen. Scheel lehnte ab.

Die Mohammedaner fühlen sich Scheel offenbar deswegen besonders verpflichtet, weil er bei Kriegsende als Gauleiter von Salzburg den Großmufti von Jerusalem, Amin el Husseini, der mit Hitler-Deutschland kollaboriert hatte, mit einem zuverlässigen Mann über die Schweizer Grenze in Sicherheit gebracht hatte. Bei jeder Gelegenheit hat der Großmufti seinem Retter Scheel in der Nachkriegszeit Grüße ausrichten lassen.



Giles im Daily Express, London

Wahn: „Sieht so aus, als ob Engländer, Amerikaner und Russen wieder anfangen müssen, sich Komplimente zu machen.“

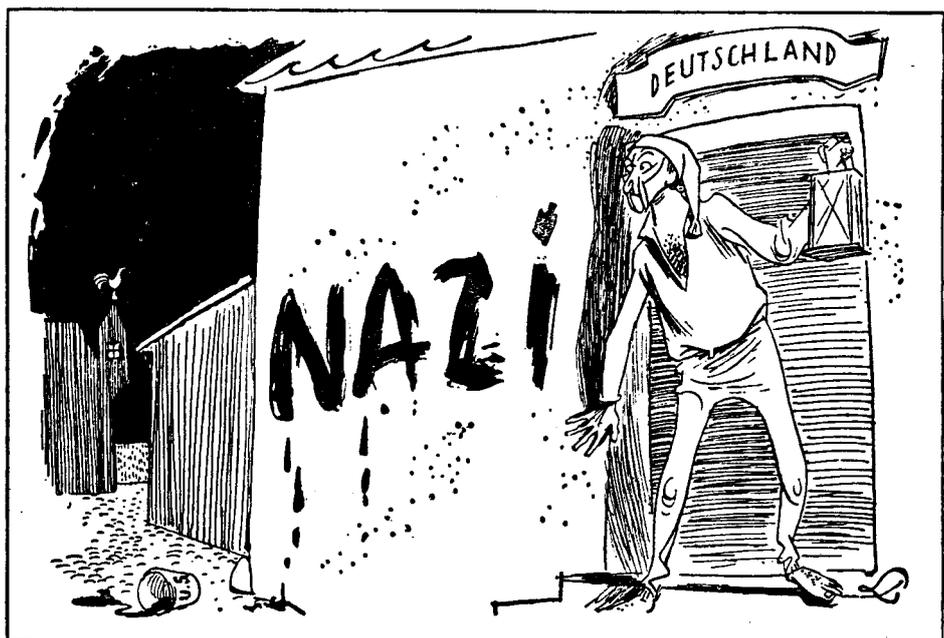
Der ehemalige Staatssekretär Naumann schließlich ist Prokurist der Düsseldorfer deutsch-belgischen Exportfirma Lucht & Co., die gerade mit der „Verkehrsbahn-Studiengesellschaft“ in Köln darüber verhandelte, die „Alweg-Einschienebahn“ im großen Stil in Belgisch-Kongo auszuprobieren. Die Engländer haben bei ihren Haussuchungen in Sachen Naumann alle Akten über die Alweg-Bahn mit abtransportiert.

Naumann arbeitete außerdem mit Otto Skorzeny zusammen, der in Madrid ein Ingenieur-Büro hat. Die beiden waren gerade dabei, ein Geschäft über die Lieferung von Zement und Beton für ein Bauprojekt auf den Kanarischen Inseln abzuwickeln. Skorzeny und Hjalmar Schacht, der wiederum mit seiner Bank auch den Nahost-Handel forcieren will, sind über ihre Ehen weitläufig miteinander verwandt. Düsseldorfer Geschäftsleute und Bankiers wissen, daß über die Verbindung Naumann-Skorzeny schon mehrere westdeutsche Firmen aus dem Ruhrgebiet

große, günstige Verträge placieren konnten. Als die Delegation der Arabischen Liga im Oktober 1952 in Bonn und Köln war, besprachen sich ihre Mitglieder nicht nur mit dem Staatssekretär Hallstein im Auswärtigen Amt (SPIEGEL 40/52), sondern auch mit dem Dr. Naumann in Düsseldorf.

Bei ihrer nächtlichen Aktion in der Wohnung des ehemaligen Gauleiters Kaufmann in Hamburg beschlagnahmten die Engländer ein Bild des Großmufti von Jerusalem mit einer persönlichen Widmung für Kaufmann, die das Datum vom 22. Dezember 1952 trug. Kaufmann wurde nicht gefunden. Er war mit seiner Frau nach Düsseldorf gefahren, wo er Verbindungen mit einer Firma für Schiffsbleche aufnehmen wollte. Er wurde vor der Tür des Raumes verhaftet, in dem er mit den Stahlleuten gesprochen hatte.

Mit einigermaßen ungemütlichen Gefühlen erwartet eine Reihe von Bonner Politikern nun, wie die Engländer wohl



E. M. Lang in der Süddeutschen Zeitung, München

Wirklichkeit: Anglo-amerikanischer Streich...

näher beschreiben werden, auf welche Weise ihre sieben Nazis versucht haben, „die demokratischen Parteien zu unterwandern“.

Denn es gibt eine Reihe von Politikern und anderen Prominenten, die ihrerseits zu diesen sieben „Verschwörern“ gewandert sind, sich aber einen Korb geholt haben.

So war einige Tage, bevor der ehemalige Goebbels-Staatssekretär Dr. Naumann von den Engländern abgeholt wurde, der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks (BHE) und Finanzminister von Schleswig-Holstein, Waldemar Kraft, bei Naumann zu Gast, wie manch andere Politiker vorher.

Zu dem ehemaligen Reichsstudentenführer Dr. Scheel in Hamburg dagegen wanderte unter vielen anderen auch ein namhafter süddeutscher Kriegsverbrecher-Verteidiger, der für ein Erzbischöfliches Ordinariat tätig ist. Der Anwalt erklärte dem Dr. Scheel, nach Auffassung des Vatikans sei die Zeit der christlich-demokratischen Parteien in Europa vorüber.

Der Vatikan, sagte er, befürworte die Bildung einer breit angelegten nationalen Partei und er, Scheel, solle die Vertrauensposition dieser neuen Sammlungsbewegung im norddeutschen Raum übernehmen. Obgleich Scheel ablehnte, bekam er bald darauf den Posten noch einmal schriftlich angeboten. Scheels ablehnendes Eilboten-Einschreiben lag noch auf dem Tisch, als die Engländer kamen. Sie nahmen mit großer Wahrscheinlichkeit den ganzen Vorgang mit.

Bei seinem Scheel-Besuch war der katholische Jurist von einem Dritten gefragt worden: „Und was werden die christlichen Parteiführer dazu sagen?“ Die lächelnde Antwort: „Wir haben ja schließlich das Geld.“

Zum Totenschädel verzerrt

W Weil es dem Deutschland-Korrespondenten der „New York Times“, Drew Middleton, keine Ruhe ließ, daß die Briten im Morgengrauen des 15. Januar die Welt mit ihrer abgeschlossenen Nau-Nau-Operation überraschten, stellte er in Mehlem noch am gleichen Tag den amtierenden Hohen Kommissar in Deutschland, Samuel Reber. Er versuchte, von ihm ein papierenes Gegenstück zur handgreiflichen englischen Unternehmung zu erhalten.

Wäre Drew Middletons Jagdleidenschaft auf alte und neue, kleine und große Nazis ein paar Stunden später erwacht, dann wäre der zweite Schuß vor den Bug der mit vollen Segeln westwärts segelnden Bundesrepublik nie abgeschossen worden. Denn Samuel Reber packte schon seine Koffer; am Abend fuhr er nach Berlin, wo er auch mit seinem sowjetischen Kollegen, General Tschuikow, zusammentreffen sollte.

Aber Drew Middleton erreichte ihn noch, bevor er in den Zug stieg. Samuel Reber versprach dem Korrespondenten unbeschränkten Einblick in eine ausführliche Gallup-Umfrage über Neo-Nazismus in Deutschland. Davon hatte Drew Middleton bisher nur vage läuten hören.

Samuel Reber erwies sich selbst und seinem Land einen Bärendienst. Am Sonnabend erschien die „New York Times“ mit einem sensationellen Bericht über das von Meinungsforschern festgestellte Anwachsen des Neo-Nazismus in Deutschland. Am Sonntag wollten Amerikas Nachrichten-Agenturen und andere Zeitungen den gleichen Bericht haben. Von den verantwortlichen Beamten war jedoch niemand zu erreichen. Daran war das Weekend schuld:

- Alfred Boerner, genannt „Micky“, amtierender Chef von Public Affairs, war in Berlin.
- L. P. Crespi, Fachmann der Reactions Analysis Staff für Umfragen in Deutsch-

land, war in Paris. (Crespi heute: „Paris sieht mich nie wieder.“)

- Mr. Slocum, Chef der Press Liaison Branch, war in Wien.

So wurde der vom 1. bis 10. Dezember durch Befragen von 1200 Personen fertigestellte Bericht des Frankfurter Deutschen Instituts für Meinungsforschung einem kleinen Beamten der Reactions Analysis Group in die Hand gedrückt, auf daß der einen Auszug für die Presse mache. Der Mann hieß Mr. Smart. „Ausgerechnet Mr. Smart“, seufzte Samuel Reber nach seiner Rückkehr aus Berlin.

Denn Mr. Smart tat harmlos, was Drew Middleton mit dem gleichen Bericht weniger harmlos schon vor ihm getan hatte:



Exzesse im Grundgesetz
Artikelschreiber MdB Vogel

Er zog die interessantesten Zahlen aus den Reports heraus, die in diesem Moment die unvernünftigsten Zahlen waren. Aus acht vergleichenden Zahlenkolonnen verfertigte Mr. Smart zwei besonders einleuchtende Reihen. Aus 79 Seiten abwägendem Ergebnis zog er zweieinhalb Seiten Extrakt heraus.

Der Erfolg war verblüffend. Als Amerikas Außenminister Dean G. Acheson in den letzten Stunden seiner Amtszeit ein wütendes Telegramm an Samuel Reber sandte, war es zu spät. Das von Meinungsforschern skizzierte Gesicht der Bundesrepublik grinste den Lesern aller Welt, zu einem NS-Totenschädel verzerrt, aus ihren Zeitungen entgegen.

ABGEORDNETE

Vogels Strauß mit der Presse

Der deutsche Bundestagsabgeordnete Dr. phil. Rudolf Vogel hatte Gelegenheit, in der Vierteljahresschrift „Confluence“ zu Wort zu kommen, die sich, von der Harvard-Universität in englischer Sprache herausgegeben, vorgenommen hat, „den höchsten Gedanken zum Forum zu dienen, die unter den ernsthafteren Geistern

Europas und Amerikas zu finden sind“. Auch Rudolf Vogel war als solch ein ernsthafter Geist betrachtet worden, würdig, in einer Schrift zu erscheinen, deren 124 Seiten einen Dollar kosten.

Die internationale Leserschaft konnte nun in der vierten Ausgabe dieses internationalen Forums lesen, daß die deutsche Presse auch vor 1914 nicht imstande gewesen sei, ein so großes repräsentatives politisches Organ wie die „Times“, die „New York Times“ oder die „Neue Zürcher Zeitung“ hervorzubringen. Zeitungen, die versucht hätten, sich in etwa nach diesen Vorbildern auszurichten, wie die „Frankfurter Zeitung“, habe unglücklicherweise das Geld und die Unabhängigkeit gefehlt. „Dann“, so fährt der muntere Artikelschreiber wörtlich fort, „zerstörte Hitlers schreckliche Dampfwalze zu viele journalistische Hoffnungen.“

Kein Gedanke an die „Vossische Zeitung“, an das „Berliner Tageblatt“, an die „Kölnische Zeitung“, die in den Säuglingstagen des Verfassers — Jahrgang 1906 — durchaus „große repräsentative politische Organe“ waren, geeignet, sich mit ausländischer Elite zu messen. Kein Gedanke an die geistige Unabhängigkeit, in der sich die „Frankfurter Zeitung“ trotz ihrer Geldnöte jahrzehntelang behauptet hat.

Dies die Auffassung des Volksvertreters und Zeitungsmannes über das Grundgesetz: „Diese Urkunde verkündet in eindrucksvoller und schöner Sprache Freiheit der Presse, des Äthers, der Rede und der Versammlung. Mit bewundernswertem, aber exzessivem (wörtlich) Optimismus setzte sie Staatsbürger voraus, die loyal sind gegenüber dieser Verfassung, immer bereit, ihre Grundsätze zu verteidigen, als ob man nie etwas von kommunistischen und neofaschistischen Organisationen gehört hätte.“

Dies schreibt der CDU-Mann Ende 1952 nieder, nachdem die neofaschistische SRP mit Hilfe des Grundgesetzes am Boden zerstört worden ist und nachdem die Kommunisten in Westdeutschland demnächst unter Naturschutz gestellt werden müssen, damit sie nicht völlig aussterben. Er schreibt es nieder, obwohl Leute wie er kaum eine Chance gehabt hätten, in den Bundestag einzuziehen, wenn Westdeutschlands Wähler auch nur zu einem Drittel radikal wählten.

Er weiß sich freilich eins mit dem britischen Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick, der deswegen die sieben ehemaligen Nationalsozialisten von britischen Stellen verhaften ließ, weil, wie er sagte, das Grundgesetz einer deutschen Aktion hemmend im Wege stehen würde.

Aber für eine Korrektur der „Exzesse“ im Grundgesetz ist es noch nicht zu spät: „Nach der Ratifikation des deutschen Friedensvertrags“, so heißt es bei MdB Vogel wörtlich, „und des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird es der Bundesregierung erlaubt sein, im Hinblick auf Presse, Radio und Film ohne Einmischung der Besatzungsmächte Gesetze zu erlassen.“ Das werden dann herrliche Zeiten.

MdB Vogel hat auch eine Erklärung dafür, warum „die Mehrheit der Deutschen einem Beitrag zur Verteidigung Europas günstig gesonnen ist“: Die vollständige Übertragung der Wehrdebatte im Rundfunk ist „unzweifelhaft verantwortlich (undoubtedly responsible) für die positive Haltung der Mehrheit der Deutschen gegenüber einem Verteidigungsbeitrag“.

MdB Vogel ist nämlich Spezialist für Funk, Film und Presse in der Bundesrepublik. Er präsidiert dem Ausschuss für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films im Bundestag. Sein Aufsatz in „Confluence“ hieß: „Presse und Funk in Deutschland.“